




Wichtiger Schritt im Kampf gegen Überfischung

Wichtiger Schritt im Kampf gegen Überfischung
Beifänge sollen durch verbesserte Fangtechniken gänzlich vermieden werden
In der Nacht zum heutigen Mittwoch haben die Fischereiminister der Europäischen Union (EU) ihre Beschlüsse für eine ökologisch nachhaltige Fischerei veröffentlicht. Hierzu erklären die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marie-Luise Dött, und der zuständige Berichterstatter für Meeresschutz, Ingbert Liebing:
"Schritt für Schritt kommen wir voran, die Standards einer ökologisch nachhaltigen Fischerei anzuheben. Bereits im vergangenen Jahr hatte sich die EU-Kommission für eine Senkung der Fangquote stark gemacht, um langfristig das Auskommen der Fischer zu sichern und gleichzeitig die Artenvielfalt zu gewährleisten. Nach den Beschlüssen des Europäischen Parlaments vom 22. Februar 2013 und der aktuellen Einigung der EU-Fischereiminister über die Reduzierung der Fangquoten, ist mit den neu eingeführten Vorgaben für Rückwürfe ein weiterer bedeutender Schritt im Kampf gegen die Überfischung vollzogen. Ab Januar 2014 wird die vorgeschriebene schrittweise Reduzierung der Rückwürfe dazu beitragen, die Menge der versehentlich gefangenen Fische zu reduzieren. Denn diese Tiere landen oft tot oder verletzt zurück in den Meeren. Diese sogenannten Beifänge lassen sich nicht gänzlich verhindern. Doch zukünftig wird sich die Menge jedes Jahr konstant verringert. Bis 2019 soll die Zahl der Rückwürfe von heute durchschnittlich 25 Prozent auf sieben Prozent sinken.
Auch wenn sich die Union noch ambitioniertere Ziele gewünscht hätte, so wird doch ein zentrales Element der Fischereireform, eine deutliche Reduzierung der Menge von Fisch, die zurück ins Meer geworfen wird, schrittweise erreicht. Wichtig ist es für eine nachhaltige Fischerei, dass künftig ungewünschte Beifänge nicht nur anzulanden sind, sondern Beifänge durch verbesserte Fangtechniken gänzlich vermieden werden.
Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in der Vergangenheit durch verschiedene Initiativen zum Meeresschutz deutlich gemacht, dass gerade im Bereich der Fischerei ein Schwerpunkt unserer Politik für Umwelt und Natur liegt. Die Meere sind ein Wirtschaftsraum, dessen Nutzung wir aber nur ökologisch nachhaltig zulassen können. Die internationale Fischerei muss dazu auch ihren Beitrag leisten. Wichtig ist, dass alle Vertragsstaaten die gemeinsam gesetzten Regeln auch einhalten. Dies sind wir gerade auch den deutschen Fischern schuldig."
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
<http://www.cducsu.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=524203 width="1" height="1"/>

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

CDU Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.